



Huthi-Kämpfer inspizieren zerstörte Gebäude auf dem Flughafen der Stadt Saada im Nordwesten des Jemen. Die saudische Luftwaffe flog gestern erneut Angriffe auf das Nachbarland. Dabei wurde auch ein Flüchtlingslager getroffen. 40 Menschen starben.

Foto: Reuters

Der Jemen war noch nie ein stabiler Staat

Mit Luftangriffen will Saudi-Arabien nicht nur die Huthi-Rebellen stoppen, sagt Orient-Expertin Marie-Christine Heinze.

Frau Heinze, seit fünf Tagen bombardiert die saudische Luftwaffe Stellungen der Huthi-Rebellen im Jemen. Lassen sich die Rebellen so stoppen?

Sie können ihre militärische Kraft schwächen, aufhalten lassen sie sich damit nicht. Die Huthis haben es in den vergangenen Monaten geschafft, mehrere Militärbasen im Land zu erobern und sich so in den Besitz schwere Waffen aus Armeebeständen zu bringen. Dazu gehören wohl auch Scud-Raketen. In Saudi-Arabien fürchtet man, Ziel dieser Raketen zu werden. Luftangriffe sind mit Sicherheit nicht dazu geeignet, den Konflikt zu lösen.

Was macht die Huthis so stark?

Ihnen ist es in den letzten Jahren gelungen, sich eine gewisse Legitimität im Land zu erwerben. Allerdings wurden die Houthis nach dem Sturz des langjährigen Staatschefs Saleh nicht in den politischen Umgestaltungsprozess eingebunden, obwohl sie aktiv an der Revolution beteiligt waren. Sie haben es geschafft, die Regierung von Präsident Hadi als korrupt darzustellen und als unfähig, die Probleme des Landes zu lösen – was sie auch war. Die Houthis haben sich als Alternative zur alten Machtelite und als Kraft empfohlen, die das Land auf einen besseren Weg bringt. Viele Menschen im Land haben sie so auf ihre Seite gezogen. Allerdings haben die Rebellen durch ihr teilweise brutales Vorgehen, besonders nach der Eroberung Sanaas, ein großes Stück ihrer Legitimität wieder verloren. Ihre militärische Überlegenheit verdanken sie vor allem der Unterstützung durch den 2011 gestürzten Präsidenten Ali Abdallah Salih.

Wie groß ist die Unterstützung durch den Iran?

Die Führung in Teheran gibt zu, die Huthi-Rebellen in militärstrategischen Fragen zu beraten. Bestritten hat sie immer, Waffen geliefert zu haben. Das wird zwar immer wieder behauptet – vor allem von amerikanischer Seite. Beweise dafür gibt es nicht. Ohnehin ist Teheran an einer militärischen Eskalation im Jemen gar nicht interessiert.



Marie-Christine Heinze ist Islamwissenschaftlerin und Vorstandsvorsitzende von CARPO, einem Zentrum für angewandte Orientforschung in Bonn. Sie forscht seit 2008 zum Jemen. Foto: PR

Warum?

Der Iran hat die Grenzen seiner Möglichkeiten erreicht, weil er bereits an mehreren anderen Fronten beteiligt ist – so beispielsweise im Kampf gegen den Islamischen Staat im Irak und Syrien. Doch der Empfehlung aus Teheran, den Vormarsch zu beenden und den Konflikt im Jemen nicht weiterzuführen, sind die Houthi-Rebellen nicht gefolgt. Offenbar waren sie beäugt von ihren militärischen Erfolgen und der Tatsache, dass ihnen bisher niemand Paroli bieten konnte.

Welche strategischen Ziele verfolgen die Saudis?

Saudi-Arabien hat noch nie Interesse an ei-

nem stabilen Staat Jemen gehabt. Das Königreich hat immer dafür gesorgt, dass der südliche Nachbar kein politisches Erfolgsmodell wird – eine mögliche republikanische Alternative zur konservativen Monarchie in Saudi-Arabien. Die Angriffe auf den Jemen richten sich nicht nur gegen die Huthi, sondern auch gegen den Einfluss Teherans im Jemen und der Region – politisch und wirtschaftlich. Die Saudis befürchten zum Beispiel, dass der Huthi-Vormarsch in Richtung Süden dazu führt, dass die Rebellen – und damit der Iran – die Kontrolle über die Meerenge Bab al-Mandab zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean erlangen.

Welche Rolle spielt die Tatsache, dass die USA ihren Einfluss im Jemen aufgeben haben?

Sie haben ihn nicht aufgegeben; sie haben ihn verloren. Denn der geflohene Staatspräsident Hadi war Garant für ihre Präsenz im Jemen. Mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis hat das US-Militär mit seinen Drohnen mutmaßliche al-Qaida-Kämpfer angegriffen. Das war das einzige Interesse, das die USA im Jemen hatten. Daher unterstützen sie Saudi-Arabien nun bei dem Ver-

such, Hadi wieder zurück an die Macht zu bringen.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Jemen zerfällt und als gescheiterter Staat endet – so wie Somalia?

Ein richtiger Staat ist der Jemen nie gewesen. Auch vor Beginn des Arabischen Frühlings 2011 hatte die Führung bestenfalls die Kontrolle über Teile des Staatsgebiets, aber nie über das ganze Land. Der Vergleich mit Somalia erscheint zwar naheliegend. Ob sich der Jemen dorthin entwickelt, ist keineswegs sicher. Allerdings kann man davon ausgehen, dass die saudischen Angriffe das Terrornetzwerk al-Qaida im Jemen stärken. Welche Rolle Ableger des Islamischen Staats spielen, kann niemand sagen. Ob sie tatsächlich hinter den Anschlägen auf Moscheen in Sanaa stecken, ist unklar. Denkbar ist, dass Splittergruppen das Label IS nur aus Marketinggründen benutzt haben.

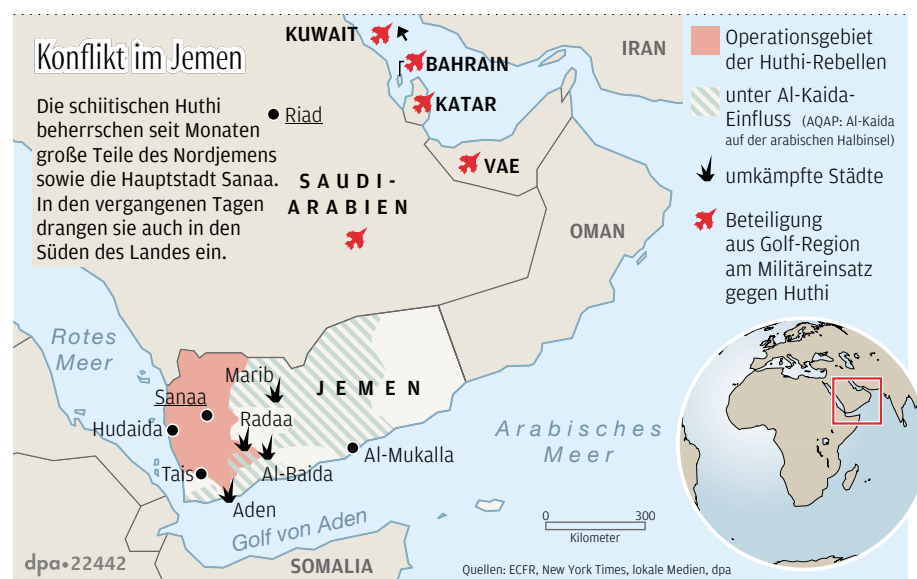
Welche politischen Lösungsmöglichkeiten sind realistisch?

Im Augenblick sind keine Ansätze dafür zu sehen. Saudi-Arabien setzt auf extreme Konfrontation. Und die Huthi-Rebellen sind weit davon entfernt, zu kapitulieren. Ich sehe derzeit keine Möglichkeit, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, auch wenn das die einzige mögliche Lösung wäre.

Ist der Konflikt im Jemen ein Beleg dafür, dass der Arabische Frühling gescheitert ist?

Nein, dieses Urteil wäre verfrüht. Denn im Jemen und den anderen Ländern ging es nicht allein darum, Langzeitherrscher und deren korrupte Regime zu stürzen, sondern einen gesellschaftlichen Umbruchprozess einzuleiten. Der steht im Jemen noch ganz am Anfang. Die alte Machtelite hatte nach 2011 weiter das Sagen, auch wenn ihr Kopf fehlte. Insofern haben die recht, die sagen, eine wirkliche Revolution habe es im Jemen noch gar nicht gegeben; beziehungsweise sie dauere weiterhin an.

■ Das Gespräch führte Frank Grubitzsch



Überall Wunschkandidat

Im Blickpunkt

Trainer Thomas Tuchel gönnt sich gerade eine Pause vom Profifußball. Seinem Marktwert schadet das nicht, dafür aber dem Interesse von RB Leipzig.

VON TINO MEYER

In den vergangenen Wochen hat sich Ralf Rangnick oft zu Wort gemeldet und über alles und jeden gesprochen. Der Name Thomas Tuchel aber ist schon lange nicht mehr Thema gewesen in den Ausführungen des Sportdirektors von RB Leipzig. Bedeuten kann das zweierlei: Entweder ist sich der potente Fußball-Zweitligist bereits einig geworden mit seinem Wunschkandidaten fürs Traineramt – oder Tuchel hat längst abgesagt.

Schließlich kann der 41-Jährige inzwischen unter mehreren Angeboten wählen. Reichlich ungeniert buhlt zum Beispiel der Hamburger SV um Tuchel, der sich gerade

eine Auszeit nimmt, zur neuen Saison aber unbedingt in die Bundesliga zurückkehren will. „Alles ist offen“, sagt der Vorstandschef Dietmar Beiersdorfer, noch dazu gut bekannt mit Tuchel. Der HSV-Aufsichtsratsvorsitzende wagt sogar noch mehr Offensive. Das Konzept sei „sehr, sehr intensiv und detailliert durchdekliniert“, betont Karl Gernandt. Ein Tuchel koste viel Geld, ergänzt er, kontert aber: „Ob er teuer ist, muss man rausarbeiten. Wenn er es wert ist, ist er nicht teuer.“

Eine verblüffende, ungewöhnliche Logik ist das. Noch ungewöhnlicher ist aber, dass ein Bundesligist einen potenziellen Trainer so hofiert – zumal der HSV wie im Vorjahr dem ersten Abstieg der Vereinsgeschichte entgegenamelt. Zwei Punkte hat man noch Vorsprung auf den Tabellenletzten VfB Stuttgart, bei dem sich wieder-



Thomas Tuchel hat die Wahl, die bestimmt keine Qual ist. Foto: dpa

um Tuchel ins Gespräch gebracht haben soll. Und Schalke 04 dementiert die seit einem Jahr anhaltenden Gerüchte halbherzig.

Nur einer schweigt zu all dem, und das ist Tuchel selbst. „Er hat wie ein kleiner Junge beim Autoquartett fast alle schnellen Autos in der Hand“, kommentiert HSV-Boss Gernandt den Poker, während Heinz Müller mit einem neuen Aspekt überrascht. Der Ex-Torwart von Mainz 05 erhebt schwere Vorwürfe gegen seinen früheren Trainer, der ihn ausgemustert hatte: „Was er mit mir gemacht hat, war Mobbing hoch zehn. Tuchel ist ein Diktator“, sagte Müller dem Fachmagazin Kicker.

Mit der Mitbestimmung ist das ja auch bei RB Leipzig so eine Sache, jedoch bislang ungeklärt, ob das Tuchel eher anlockt und doch abgeschreckt hat. Ob Ralf Rangnick darüber aufklären kann? (mit sid)

Obama reist erstmals als Präsident nach Kenia

Washington. Erstmals in seiner US-Präsidentschaft wird Barack Obama nach Kenia, dem Heimatland seines verstorbenen Vaters, reisen. Er nehme im Juli am diesjährigen internationalen Gründertreffen teil, teilte das Weiße Haus gestern mit. Obama plane auch Treffen mit Kenias politischer Führung.

Bei seiner großen Afrikareise 2013 war der Präsident nicht in das Land gekommen, weil der damalige Präsident Uhuru Kenyatta vom internationalen Gerichtshof in Den Haag angeklagt worden war. Der Prozess platze jedoch im vergangenen Jahr. Obama hatte versprochen, Kenia vor dem Ende seiner Präsidentschaft zu besuchen.

Obamas Vater, der ebenfalls Barack hieß, stammte aus dem Dorf Kogelo im Westen des Landes. Die verstorbene Mutter des Präsidenten war Amerikanerin. Beide hatten sich beim Studium in Hawaii kennengelernt und 1961 geheiratet, aber nach drei Jahren wieder scheiden lassen. Barack Obama Senior kehrte 1964 nach Kenia zurück. (dpa)

Triumph für Sarkozys Rechte

Frankreichs Konservative jubeln nach den Regionalwahlen mit dem Ex-Präsidenten. Der hat viel größere Ziele.

Paris. Frankreichs Konservative um Ex-Staatspräsident Nicolas Sarkozy sieht nach Erfolgen bei der Départementwahl gute Chancen auch zur Regierungübernahme in Paris. Der Wechsel sei auf dem Weg, sagte der 60-Jährige nach der entscheidenden Wahlrunde.

Das rechte Bündnis um Sarkozys UMP war in 66 der 101 Départements erfolgreich. Die Sozialisten von Staatspräsident François Hollande und mit ihr verbündete Kräfte konnten sich in 34 Départements behaupten. Damit hat sich das Kräfteverhältnis praktisch umgekehrt.

Die bei jüngsten Entscheidungen stets erfolgreiche rechtsextreme Front National (FN) konnte kein Département gewinnen, weil ihr im zweiten Wahlgang Verbündete fehlten. Mit einem FN-Sieg war in bis zu zwei Départements gerechnet worden. FN-Chefin Marine Le Pen verwies gestern auf das erfolgreiche Abschneiden im ersten Wahlgang. „Das Wahlrecht verhindert, dass 25 Prozent der Franzosen eine legitime Vertretung haben.“ Le Pen sieht allerdings für die Rechtsextremen „einen Sockel für die Siege von morgen“.

Abgestraft wurden vor allem Hollandes Sozialisten. Dem 60-jährigen Präsidenten wird die schlechte Wirtschaftsleistung mit hoher Arbeitslosigkeit, wenig Wachstum und vielen Schulden angelastet. Das 2012 gewählte Staatsoberhaupt hatte bereits bei Wahlen im vergangenen Jahr heftige Rückschläge hinnehmen müssen.

Als Symbol der Niederlage gilt der Verlust des Départements Corrèze, in dem auch der Wahlkreis Hollandes liegt. Dort war auch Bernadette Chirac erfolgreich, 81-jährige Ehefrau des früheren konservativen Präsidenten Jacques Chirac.

Auch die politische Heimat des Premierministers Manuel Valls im Département Essonne fiel an das rechte Lager. Für den Regierungschef sind die Verluste eine persönliche Niederlage. „Ich habe die Nachricht verstanden“, sagte Valls. Die Regierung werde ihre Anstrengungen für Reformen und mehr Arbeitsplätze verdoppeln.

Die Départements sind in etwa vergleichbar mit den Landkreisen in Deutschland. Im zentralistischen Frankreich haben sie nur wenige Kompetenzen. (dpa)

NACHRICHTEN

Lawrow nimmt Auszeit beim Atompoker

Lausanne. Bei den Atomverhandlungen mit dem Iran zeichnet sich kein rascher Durchbruch ab. Der russische Außenminister Sergej Lawrow werde noch im Laufe des Tages zurück nach Moskau reisen, sagte gestern eine Sprecherin. Falls es realistische Aussichten auf eine Vereinbarung gebe, werde er heute nach Lausanne zurückkehren.

Derzeit streben die Uno-Vetomächte (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) sowie Deutschland ein Rahmenabkommen mit dem Iran an, das den Weg zu einer Lösung des seit zwölf Jahren andauernden Streits ebnet. Der Westen will verhindern, dass der Iran Atomwaffen erlangt. Im Gegenzug will Teheran die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen. (dpa)

Britisches Unterhaus vor Wahl aufgelöst

London. Die 650 Mitglieder des Londoner Parlaments sind jetzt offiziell im Wahlkampf. In der Nacht zum Montag wurde das britische Unterhaus offiziell aufgelöst. Am 7. Mai wird neu gewählt. Wahlforscher sprechen von der am schwierigsten vorhergesagbaren Wahl seit Jahrzehnten. Grund ist das Erstarken kleinerer Parteien, die aufgrund des Wahlsystems – es gibt kein Verhältniswahlrecht, jeder Abgeordnete muss in einem Wahlkreis direkt gewählt werden – viele Sitze bekommen können. In Umfragen liegen die bisher regierenden Konservativen und Labour etwa gleichauf. (dpa)

Usbekistans Staatschef erhält 91 Prozent

Taschkent. Mit einem Ergebnis wie zu Sowjetzeiten hat der autoritäre usbekische Staatschef Islam Karimow die Präsidentenwahl gewonnen. Die Wahlleitung in dem islamisch geprägten Agrarland in Zentralasien sprach dem 77-jährigen gestern mehr als 90 Prozent der Stimmen zu. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kritisierte das Fehlen politischen Wettbewerbs. Karimow ist seit 1989 in der Ex-Sowjetrepublik an der Macht und kann nun fünf weitere Jahre regieren. (dpa)